

## Handreichung Migrationspolitische und -pädagogische Herausforderungen

Migration sei die „Mutter aller Probleme“, so äußerte sich Innenminister Horst Seehofer im September 2018. Im Februar 2016 sprach er – damals noch als Ministerpräsident Bayerns – von der „Herrschaft des Unrechts“ angesichts der Öffnung der deutschen Grenzen für Flüchtende im Spätsommer 2015.

Mit solchen Bemerkungen positionierte sich Seehofer scharf gegen Kanzlerin Merkel, die sich mit den berühmten Worten „wir schaffen das“ im Herbst 2015 zu den Flüchtlingsbewegungen äußerte und die vorübergehend offenen Grenzen rechtfertigte.

„Deutschland braucht jährlich 260.000 Zuwanderer“ schrieb andererseits der Tagesspiegel aus Berlin Anfang 2019.

Seehofers Äußerungen spielten extrem rechten Positionen in die Hände und heizten die Debatte um Migration und Flucht rassistisch auf. Die Notwendigkeit und Legitimation von Migration allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten, gibt aber auch keine Antwort auf die ethische Herausforderung, Menschen Schutz vor Bürgerkrieg und Verfolgung zu bieten, wenn die Flüchtenden auch Kinder, alte oder traumatisierte Menschen sind, die der Wirtschaft nichts nutzen. Aber „schaffen wir es“?

### Migrationsland Deutschland

Der Mensch ist ein homo migrans, der schon immer gewandert ist, aus Neugierde, zum Studium und zur Arbeitsuche, oft schlicht auf dem Weg in ein besseres Leben. Oder er flieht, wird vertrieben, versklavt und verkauft: Zum Kriegsende und bis Mitte der 1950er Jahre war Deutschland durch die Ankunft von sog. Vertriebenen und die Rückkehr der Kriegsgefangenen sowie zahlreicher Exilierter gekennzeichnet. Von 1955 bis 1973 war das Land durch Arbeitsmigration geprägt. Bis zu vier Millionen Arbeitskräfte kamen in diesem Zeitraum nach Deutschland. Zu Beginn der 1990er Jahre wanderten knapp eine Million Bürgerkriegsflüchtlinge aus der Türkei und Bosnien, aber auch Spätaussiedler\*innen und jüdische Kontingentflüchtlinge aus der zerfallenden Sowjetunion ein. Der kurze Sommer der offenen Grenzen 2015 rückte die weltweiten Migrationsbewegungen für einen Augenblick in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit. Innerhalb weniger Wochen kamen über eine Million Menschen in die Bundesrepublik.

Deutschland war also schon immer ein Land, dass durch Migration gekennzeichnet war und ist. Insofern konnte sich Kanzlerin Merkel auf historische Befunde beziehen und hätte sagen können: „Auch dieses Mal werden wir es selbstverständlich schaffen.“

Aber „um es zu schaffen“ und um auch zukünftige Migration nach Deutschland gut bewältigen zu können, brauchen wir die breite Anerkennung der Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Es darf nicht bei einem Lippenbekenntnis bleiben, vielmehr bedarf es gesetzlicher Bestimmungen, die der Tatsache der weltweiten Migration gerecht werden und nicht nur auf die Abschottung setzen und damit das Sterben im Mittelmeer hinnehmen.

Es braucht eine gesamtgesellschaftliche, nicht rassistisch und rechtspopulistisch aufgeladene Auseinandersetzung um Migration, die nicht darin mündet, dass sich „2015 nicht wiederholen darf“. Vielmehr müssen sich Politik, Gesellschaft, Arbeitswelt, Kita, Schule, Soziale Arbeit, Sozialversicherungen, Verwaltungen ... darauf vorbereiten, dass Migration auch zukünftig unser gesellschaftliches Zusammenleben prägen wird. Das bedeutet auch, dass nationalistische Äußerungen und Propaganda à la „Deutschland den Deutschen“ oder die Rede von der „Überfremdung Deutschlands“ von *allen* demokratisch orientierten Menschen aus Politik, aber eben auch von Lehrenden und Sozialarbeitenden zurückgewiesen werden müssen. Das gleiche gilt für nach wie vor bestehende Homogenitätsvorstellungen: Es gibt keine „Deutsche Schule“ (so der Name der Zeitschrift der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft!) und auch kein deutsches Jugendzentrum, wohl aber Kitas, Schulen und Jugendzentren *in* Deutschland. Jede Familie, jede Hausgemeinschaft, jede Schule oder Behörde ist durch eine Vielfalt von Identitäten geprägt, die weit über Fragen der ethnisch/nationalen Herkunft hinausgehen.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Themen wie Migration und Flucht, die sozialen Kämpfe um Anerkennung von Schwulen, Lesben und Transmenschen, von Menschen mit einer Behinderung oder Alten haben ein stärkeres Bewusstsein für die Heterogenität der Menschen in diesem Land ermöglicht. Die homogene deutsche Gesellschaft war immer ein Konstrukt, ein Phantasma, das sich langsam zu wandeln beginnt. Aber es bedarf noch vieler Anstrengungen, um die gesellschaftliche Vielfalt nicht nur zu deklarieren, sondern wirklich anzuerkennen.

Soziale Arbeit ist eine **Menschenrechtsprofession** und der beschriebenen Vielfalt insofern verpflichtet, als sie sich für die Wahrung der Würde und der Rechte *aller* Menschen einzusetzen hat. Im Kontext von Migration heißt dies:

- Die **Entwicklung einer Differenz- und Diskriminierungssensibilität**: Damit ist auch gemeint, dass Sozialarbeitende wissen, wann (ethnisch/nationale) Differenzen anzusprechen sind, um beispielsweise Diskriminierungen thematisieren zu können, und wann Differenzen irrelevant sind und die Gefahr der Konstruktion von Anderen als Andere (Othering) befördern.
- Die **Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeit**, die vor allem in Zeiten von Trans- und Pendelmigration eben eine einfache Verortung in einem Lebenskontext kaum noch zulässt und nicht als mangelnde Integration missverstanden werden darf.
- **Wissen um Ungleichheitsverhältnisse und Diskriminierungen** in unserer Gesellschaft.
- **„Kompetenzlosigkeitskompetenz“** (Paul Mecheril), mit der ein Wissen um die Grenzen des eigenen Verstehens der je Anderen gemeint ist und die vor vorschnellen Kategorisierungen und Schubladendenken schützen will.
- **Selbstreflexivität und Fehlerfreundlichkeit**: Denn eine fehlerlose Soziale Arbeit gibt es nicht. Gerade im Feld der **Migrationspädagogik** müssen immer wieder neue Wege beschritten und kritisch geprüft werden. Fehlerfreundlichkeit hilft dabei, immer wieder die Bereitschaft zu neuen Wegen und Erfahrungen aufzubringen.

Autorin:

Anne Broden leitete über 17 Jahre das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung Nordrhein-Westfalen (kurz IDA-NRW) mit den Schwerpunkten Rassismus- und Antisemitismuskritik, Migrationspädagogik und Rechtsextremismusprävention. Seit drei Jahren ist sie nun freiberufliche tätig mit „Bildung und Beratung in der Migrationsgesellschaft“.